# Migrations-land Schweiz

## Mythen, Realitäten und Perspektiven

Sanija Ameti, Lisa Mazzone,
Nadja Mosimann, Cédric Wermuth,
Pascal Zwicky (Hrsg.)

# Wenn der Kompass nicht mehr Richtung Norden zeigt

Früher zeigte die Nadel des Kompasses noch nach Norden – so erzählte es mir Nëna. Mensch zog den Kompass hervor, und gleich darauf stürzte die Nadelspitze sich auf das ornamentale *N*. Unbeirrbar. Jedes einzelne Mal.

Sie liess unter keinen Umständen von diesem Punkt ab. Bewegte man sich nach links, steuerte sie nach rechts entgegen. Bewegte man sich nach rechts, steuert sie nach links entgegen.

Der Norden stets die Konstante.
das Zentrum.
der Orientierungspunkt.
die Macht.

Aber was, wenn diese Ordnung trügt? Sie festgefahren ist?

Das *N* nicht für eine (Geh-)Richtung steht, sondern für das Normativ?

Nur, wenn mensch mit aller Kraft den Kompass gewaltsam schüttelte, so liess sich, zumindest temporär, eine Änderung der Nadel feststellen.

— ein Zwischenraum, ein Potenzial
heraufbeschwören.

*Es waren Kinder, die die Hegemonie so unterlaufen.*
*Unkonventionell. Neugierig.*
*Sie drehen, kippen, werfen, um zu*
*– entdecken, überschreiten, stören, imaginieren,*
*re-arrangieren, dekonstruieren.*

Doch wie es ihrer Bestimmung entspricht, würde die Nadelspitze den Weg gen Norden finden. Wie immer. Auch in der Nacht. Nëna pflegte zu sagen, dass nichts so beständig war, wie diese Anziehung zwischen magnetischem Pol und der Kompassnadel – und vielleicht ist genau das das Problem.

In folgendem Text möchte ich dieser Spannung nachgehen: dem andauernden Schütteln, der Kraft der Irritationen, der Frage, ob wir diese Ordnung nur herausfordern – oder ob wir sie radikal umpolen können.

**Nordosten** – Die Schweiz ist längst
eine Migrationsgesellschaft;
handeln wir auch so

Nur ein paar Grad vom Zentrum abweichend: die Realität. Wir haben die *künstliche* Grenze von zehn Millionen Einwohner:innen schon vor dem Jahr 2050 überschritten. *s'isch imfall nüt grosses gsi.* Und wir leben weiter. Nicht am Rande. Nicht im Ausnahmezustand.

Wir funktionieren kollektiv. Mehr noch: Wir leben – miteinander, nebeneinander, ineinander verwoben. So, wie es die Schweiz als Migrations- und Zuwanderungsland seit Jahrzehnten macht. *No news here.*

Die Schweiz war nie statisch. Doch zu lange wurde sie als solche erzählt – als homogener Körper, weiss, christlich,

gutbürgerlich. Ein Mythos, der sich heute noch hartnäckig hält. Eine Erinnerung, die nie für uns galt.

Unsere Realität ist jedoch voller Sprachen, Biografien, Religionen, Zwischenräume und Verflechtungen. Fast 40 Prozent der Menschen hier haben Migrationsbiografie. Und dennoch werden **die** *Migrant:innen* im hiesigen politischen Diskurs lediglich als monolithische Gäst:innen verhandelt.

Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative schreibt diese Vorstellung fort – als liesse sich gesellschaftliche Realität begrenzen. Dabei sind wir längst da. Wir gehen nicht weg. Weder «zurück» dorthin, von wo wir angeblich kommen. Noch irgendwo sonst hin. Denn wir leben, leiden, gründen, lieben, wohnen, pflegen, bauen und dichten *hier.* Trotzdem hinken die Rechte migrantisierter Menschen hinterher: Aufenthaltsstatus, Bürger:innenrechte, politische Mitbestimmung – alles brüchig, alles umkämpft.

Es braucht eine neue demokratische Ordnung. Eine, die nicht Integration fordert, sondern Gleichberechtigung ermöglicht. Die nicht fragt: «*Wie viel verträgt die Schweiz?*», sondern: «*Wie gestalten wir gemeinsam?*» Was es braucht, ist ein Bleiberecht, das nicht geduldet, sondern anerkannt wird. Ein Bürger:innenrecht, das nicht ausschliesst, sondern einschliesst. Eine Demokratie, die nicht delegiert, sondern einlädt. Denn wer hier lebt, ist nicht zu integrieren – sondern längst Teil des Wir.

**Osten** – Die sogenannte Nachhaltigkeitsinitiative ist ein billige Verkleidung

Im Osten beginnt angeblich der neue Tag. Doch was, wenn dieser Beginn auf einer fehlerhaften Prämisse aufbaut? Wenn er vorgibt, Zukunft zu denken – und dabei nur vergangene Ausschlusslogiken reproduziert?

Ironischerweise gibt sich die SVP mit der Initiative modern, grün, zukunftsgewandt. Ganz im zeitgenössischen Trend: Sie spricht von Raum, Ressourcen, Belastbarkeit und lässt dabei keine Möglichkeit aus, diese Begriffe mit Rassismus, Diskriminierung und Xenophobie zu verbinden.

Im Namen des Klimas. Im Namen der *idyllischen Schweiz*.

Was hier als Umweltschutz verkauft wird, ist in Wahrheit eine Rhetorik der Ausgrenzung.

Denn Migration ist kein ökologisches Problem. Kein Mensch, der ankommt, lässt einen Gletscher schmelzen. Kein Aufenthaltstitel entzieht einem See das Wasser. Die Klimakrise ist menschengemacht, aber nicht durch Migration – sondern durch Systeme, die Ressourcen ausbeuten, Verantwortung abwälzen und globale Ungleichheit zementieren.

Was diese Initiative tut, ist eine semantische Umpolung: Sie ersetzt das Wort «Kontrolle» durch «Verantwortung», das Wort «Begrenzung» durch «Nachhaltigkeit». Sie schreibt ein grünes Etikett auf eine Politik, die Menschen aussortieren will. Und sie tut das mit Zahlen – zehn Millionen, als wäre das die Grenze zwischen Ordnung und Chaos, zwischen dem, was noch als «uns» zählt, und dem, was draussen bleiben soll.

Wir brauchen eine Politik, die nicht Migration problematisiert – sondern anerkennt: Wir argumentieren nicht nur gegen diese Initiative. Wir entlarven ihr Prinzip. Denn wer das ökologische Argument benutzt, um Menschen fernzuhalten, schützt nicht die Natur – sondern ein menschenfeindliches und unschweizerisches Weltbild.

**Südosten** – Demokratie neu denken;
wer entscheidet, wer dazugehört?

Im Südosten beginnt kein Tag, sondern eine Unschärfe. Kein grelles Licht, kein klarer Horizont – sondern ein Raum der Uneindeutigkeiten. Vielleicht ist genau dort der richtige Ort, um über Demokratie nachzudenken.

Was bedeutet es, wenn jede vierte Person in der Schweiz nicht mitbestimmen kann und weniger Schutz und Rechte hat? Wenn Zugehörigkeit an einen Pass gebunden ist, der weniger mit Identifikation zu tun hat als mit Herkunft, Bürokratie, Ausschluss? Wenn Demokratie vorgibt, inklusiv zu sein – aber systematisch ausschliesst? Und diese Ausschlüsse immer starrer, immer unumgänglicher werden?

Wer hier lebt, soll mitentscheiden. Nicht als Geste, sondern als Grundlage. Nicht irgendwann, sondern jetzt. Wahl- und Stimmrecht für alle, die Teil dieses Landes sind – unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsdauer oder Dokumenten.

Eine postmigrantische Demokratie fragt nicht: «Wie lange bist du schon da?» Sondern: «Was trägst du mit? Was fehlt dir, um dich zu beteiligen?» Sie misst politische Reife nicht an Papieren. Und sie anerkennt, dass Mitbestimmung kein Privileg ist, sondern ein Recht.

**Süden** – Migration als Grundrecht;
nicht als Gnade

Der Süden steht hoch. Er trägt das Licht, die Wärme, das Antidot. In alten Karten lag der Süden unten – als würde die Positionalität etwas über Wert aussagen. Doch jetzt, in dieser Bewegung, kippt die Achse. Der Süden ist kein Rand, sondern kann als Zentrum fungieren. Keine Abweichung, sondern Ursprung.

Migration ist kein Ausnahmezustand. Kein Problem, das man regelt. Kein Strom, den man lenkt. Keine Welle, gegen diese es sich zu schützen gibt. Migration ist so alt wie die Menschheit selbst – eine Bewegung, eine Hoffnung, ein Überleben. Und sie ist ein Recht. Kein Paragraf, sondern ein moralischer Kompass.

Jeder Mensch hat das Recht, sich zu bewegen. Sicher anzukommen. Zu bleiben. Gesehen zu werden. Die Politik aber behandelt dieses Recht wie eine Gnade – gewährt, entzogen, verteilt nach Nutzen, Herkunft, Kategorie. Es gibt Visa für Talent, Asyl für Bedrohung, Duldung für das, was man nicht sieht. Aber kein Platz für das einfache, menschliche Bedürfnis, woanders leben zu wollen/müssen/sollen/können.

Hinter dieser Logik steht ein gewaltförmiges Ordnungssystem:

Ein Staatsbürger:innenschaftsregime, das
Zugehörigkeit verwaltet.
Eine dehumanisierende Abschottungsdoktrin,
Bewegung selektiert.
Ein koloniales Erbe, das Mobilität aus dem
globalen Süden kriminalisiert –
und gleichzeitig vom globalen Süden profitiert.

Eine gerechte Ordnung beginnt nicht mit Kontrolle, sondern mit Anerkennung. Migrationspolitik darf nicht nach Nützlichkeit sortieren, sondern muss Schutz garantieren, Wege öffnen. Bleiben ermöglichen. Abschottung schützt nichts – sie verschiebt nur Verantwortung.

Die «Nachhaltigkeitsinitiative» zeichnet Migration als Bedrohung. Sie stellt Begrenzung ins Zentrum – wir stellen Biografien und Verflechtungen davor. Wir zeigen sie als Teil des Lebens. Und sagen: Dieses Land ist nicht voll. Es ist noch nicht fertig.

**Südwesten** – Weg von Nützlichkeitsdenken;
hin zu Menschlichkeit und Gerechtigkeit

Der Südwesten ist ein Raum mit viel Bewegung, wenig Sichtbarkeit. Hier wird geleistet, ausgelagert – aber selten anerkannt. Hier beginnt die Frage: Zählt ein Mensch nur, wenn mensch funktioniert? – leistet? – sich aufgibt? – arbeitet?

Zu oft war Migrationspolitik eine Frage der Verfügbarkeit. Wer qualifiziert ist, darf bleiben. Wer pflegt, darf bleiben. Wer sich nützlich macht, darf bleiben. Alle anderen – nur im Ausnahmefall. Nur befristet. Nur geduldet.

Doch ein postmigrantischer Approach erkennt: Rechte sind nicht willkürlich zu verteilen. Sie sind nicht selektiv. Sie gelten nicht nur für jene, die Versorgungslücken schliessen und demografische Probleme ausgleichen. Es braucht eine Politik, die nicht fragt, wie viel jemand leistet, sondern ob jemand lebt. Hier. Jetzt.

Denn hinter der Nützlichkeitslogik steht ein System des *racial capitalism*:

Ein Verwertungsregime, das Menschen nach ökonomischem Potenzial sortiert.
Eine Politik, die Leben instrumentalisiert.
Ein Staat, der Zugehörigkeit nach Funktion bemisst.

Wir brauchen ein System, das nicht mehr unterscheidet zwischen «gewollten» und «ungewollten» Migrant:innen. Nicht nach Herkunft, nicht nach ökonomischem Wert. Sondern nach Menschlichkeit. Nach dem einfachen Grundsatz, dass Würde nicht verdient werden muss.

## **Westen** – Rechte statt Rassifizierung; postmigrantische Vision von Zugehörigkeit

Im Westen liegen die Archive. Dort bewahrt man, was war. Dort schreibt man Geschichte – und entscheidet, wer darin vorkommt. Oft beginnt dort auch das Vergessen.

Die migrationspolitischen Debatten der Vergangenheit – und viel zu oft auch der Gegenwart – sind rassifiziert, nationalistisch, paternalistisch. Sie gehen nicht vom Menschen aus, sondern vom Pass. Nicht vom Hier, sondern vom Woher. Sie wollen regeln, wer dazugehören darf und wer es nie ganz wird.

Doch Zugehörigkeit ist kein Verwaltungsakt. Sie ist Beziehung. Erfahrung. Widerspruch. Sie beginnt nicht mit Anerkennung von oben, sondern mit Anspruch von unten. Sie lebt nicht in Formularen, sondern in Freundschaften, Konflikten, Nachbarschaften, Begehren.

Wir fordern eine Politik der Rechte – nicht der Duldung. Das Recht auf Bewegung. Auf Bleiben. Auf Mitbestimmung. Auf ein Leben ohne Angst vor Verlust, Kontrolle, Ausschluss. Die Demokratie-Initiative steht exemplarisch für diese Öffnung – und wurde von Menschen getragen, die selbst noch nicht wählen dürfen. Menschen, die sich ihr Recht auf Mitbestimmung nicht nehmen lassen und es schon heute praktizieren.

Zugehörigkeit lässt sich nicht mehr rückwärts denken. Die Gesellschaft und der Schweizer Wohlstand sind längst postmigrantisch – sie bestehen nicht trotz Migration, sondern durch sie. Migrationspolitik darf nicht länger eine Politik der Vergangenheit sein. Sie muss die Zukunft entwerfen. Und zwar für alle.

**Nordwesten** – Erinnerungspolitiken und Verantwortung; wer erzählt die Schweiz?

Der Nordwesten liegt im Schatten. Dort, wo das Licht von hinten kommt, sind Umrisse sichtbar, aber nie ganz klar. Dort verschwimmen die Linien zwischen Geschichte und Geschichten, zwischen dem, was erinnert wird – und dem, was nie erzählt wurde.

Migration erscheint in den offiziellen Erzählungen oft als Bruch. Als Ausnahme. Als Zäsur. Doch sie war nie das Andere der Schweiz, sondern ihr Kern. Menschen kamen, gingen, blieben. Sie pflasterten Strassen, putzten Züge, füllten Pflegebetten, trugen Sprachen, Religionen, Träume über Grenzen hinweg. Ihre Spuren sind da – nur die Worte fehlen.

Denn Erinnerung ist nicht neutral.
Sie ist selektiv.
Sie ist gemacht.
Und sie ist ein Werkzeug – auch migrationspolitisch.

Wer wird erinnert?
Wer vergessen?
Wer hat das Recht, das «Wir» zu definieren?

Die offizielle Erinnerung schweigt zu vielem.

Sie verkennt die postmigrantische Gegenwart, ignoriert die koloniale Verflechtung, stilisiert die Schweiz als geschlossenes Projekt. Doch die Schweiz war nie abgeschlossen. Nie unabhängig im eigentlichen Sinn.

Sie war durchlässig, eingebettet, durchzogen von Mobilität – und verstrickt in globale Ungleichheit: Im Rohstoffhandel. In Banken. In kolonialer Wissenschaft. In transnationalen Konzernen.

Es braucht eine neue kollektive Erzählung. Eine, die nicht von oben bestimmt wird – sondern aus vielen

Stimmen spricht. Eine, die nicht nur erinnert – sondern irritiert. Eine, die nicht nach Schuld fragt – sondern nach Verantwortung.

Erinnerungspolitik ist Teil der Zukunft. Sie bestimmt, wer sprechen darf. Wer dazugehört. Wer mitgestalten kann.

Es ist Zeit, das zu benennen. Und umzuschreiben. Nicht aus Schuld, sondern aus Verantwortung. Nicht, um abzurechnen – sondern um aufzubauen. Auf einem Bild, das vollständiger ist. Und gerechter.

**Norden** – Was, wenn der Kompass nicht nur nach Norden zeigt?

Früher zeigte der Kompass nach Norden. Dort lag das Zentrum, die Stabilität, das Ziel. Doch inzwischen wissen wir: Der Norden ist nicht neutral. Er war nie bloss Himmelsrichtung – er war die Machtposition.

Migrationsbiografien beginnen selten aus freiem Entschluss. Sie beginnen im Krieg, in Armut, unter Fremdeinwirkung, in der Suche nach Selbstverwirklichung – mit Hoffnung und Schmerz, mit dem Zerbrechen von Alltäglichem. Und oft beginnen sie an Orten, die durch andere Orte erst in diese Lage geraten sind: Klimawandel, Ausbeutung, politische Instabilität – das alles ist nicht einfach «woanders». Es ist verbunden mit unseren Entscheidungen, unseren Systemen, unserer Geschichte.

Die Schweiz profitiert seit Langem von diesen Verflechtungen: von Handelswegen, von Märkten, von Arbeitskräften, von Sicherheit. Von einem Weltbild, das Mobilität für manche als Privileg betrachtet – und für andere als Risiko. Postkoloniale Kontinuitäten sind keine abstrakte Theorie. Sie zeigen sich in Lieferketten, in Migrationsrouten, in Seenot, in Asylstatistiken. Und sie werden sichtbar an den Grenzen – dort, wo Ausgrenzung beginnt, obwohl soziale, ökologische und ökonomische

Krisen längst gemeinsame Realität sind. Gerade an dieser Schwelle entscheidet sich, ob Politik Grenzen zieht oder Verantwortung übernimmt. Und genau hier beginnt die eigentliche Aufgabe:

Migrationspolitik darf nicht als Verteidigungsinstrument verstanden werden – auch nicht in Zeiten ökologischer, sozialer oder wirtschaftlicher Krisen. Nicht als Massnahme gegen Bewegung, sondern als Teil ebendieser globalen Verantwortung.

Globale Gerechtigkeit erweist sich an den Grenzen – und reicht weit darüber hinaus. Sie entsteht, wenn wir den Kompass neu lesen: nicht als starre Ausrichtung nach einem Machtzentrum, sondern als gleichwertige Einladung in alle Richtungen. Denn bei einem Kompass geht es nicht nur um die Richtung der Nadel, sondern um die gleichzeitige Offenheit aller Wege – um Verlässlichkeit, Beständigkeit und das Versprechen von Orientierung in schwierigen Zeiten. Orientierung heisst dann nicht, Grenzen zu schliessen, sondern Wege zu öffnen – im Süden, Westen, Osten und Norden zugleich.